

Arnim Roß, Bürgermeister
Rede vor der Gemeindevertretung
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2013
am 08. November 2012

Einführung und allgemeine Haushaltsdaten

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

das Thema Haushalt hat uns in diesem Jahr ausgesprochen häufig beschäftigt und sehr bewegt. Die Arbeit am Haushaltssicherungskonzept, das wir im Juni beschlossen haben, war sehr intensiv aber auch effektiv. Diese Linie haben wir für den Haushalt 2013 übernommen und fortgeführt. Der Haushalt 2013 bewegt sich im Rahmen unserer Konsolidierungsziele und wurde wie immer sehr sorgfältig erarbeitet und geplant. Ich möchte Ihnen die Hauptaussagen des Haushaltes 2013, nun vorstellen.

Der Haushalt 2013 weist im Ergebnishaushalt einen Einnahmebetrag von 19.407.400 € aus. Die Ausgaben liegen im ordentlichen Ergebnis bei 20.599.300 €. Das ergibt im ordentlichen Ergebnis eine Deckungslücke von 1.191.900 €. Das Ergebnisziel für den Haushalt 2013 laut Haushaltskonsolidierungsplan liegt bei einem Defizit von maximal (-)1.210.000 €. Mit dem genannten Ergebnis bleiben wir also leicht darunter und haben das Konsolidierungsziel im Planansatz für 2013 erreicht.

Die Haupteinnahmequellen sind die Anteile aus der Einkommenssteuer, die Gewerbesteuererinnahmen sowie die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen und aus den Grundsteuern.

Bei den Einkommenssteueranteilen werden wir voraussichtlich für 2012 ca. 5,1 Mio. € erreichen. Ausgehend davon haben wir die Einkommenssteueranteile für 2013 kalkuliert. Hierfür

wurden die Orientierungsdaten des Landes Hessen zugrunde gelegt, nach denen wir für 2013 mit einer Steigerung auf nahezu 5,6 Mio. € rechnen könnten. Aus den bewährten Prinzip der vorsichtigen Haushaltsplanung heraus haben wir jedoch einen geringeren Betrag angesetzt und gehen von Einkommenssteueranteilen von 5.430.000 € für 2013 aus. Es wird sich zeigen, ob sich diese Anteile realisieren lassen. Insgesamt können wir bei den Einkommenssteueranteilen feststellen, dass sie in den Jahren 2008 bis 2011 durchschnittlich bei ca. 4,95 Mio. € lagen. Die Einkommenssteueranteile sind dabei von 2008 bis 2010 gesunken, und zwar um rund 900.000 €, und steigen seit 2011 langsam wieder an.

Die Gewerbesteuer soll gemäß der Orientierungsdaten für die Finanzplanung bis 2016 in jedem Jahr um 4 % steigen. Diese Prognose verwundert etwas, angesichts sich häufender Meldungen über ein Abflauen der Konjunktur. So konnte man unter der Überschrift „Nordhessens Firmen geht es schlechter“ am 24. Oktober 2012 in der Hessischen Allgemeinen lesen, ich zitiere: „Nach zwei Jahren Hochkonjunktur gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass sich das Wirtschaftsklima in Nordhessen eintrübt. Bei der Herbstumfrage der Industrie- und Handelskammer Kassel (IHK) unter 542 Firmen haben nahezu alle Branchen ihre Situationen schlechter eingeschätzt als noch vor einem halben Jahr.“ Zitat Ende.

Die Gewerbesteuereinnahmen Kaufungens hatten 2010 mit 4,85 Mio. € einen Höchststand erreicht. Auf der Basis der Gewerbesteuerbescheide können wir für 2013 nun von einem Ertrag in Höhe von 4,2 Mio. € ausgehen. Berücksichtigt man, dass hierbei die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 375 % auf 400 % bereits einkalkuliert ist, so bringen wir auch für 2013 einen weiteren Rückgang der Gewerbesteuer in Anschlag, nachdem wir den Ansatz für 2012 bereits auf 4,5 Mio. € reduziert hatten.

Die Schlüsselzuweisungen wurden gemäß der Trendberechnung des Landkreises Waldeck-Frankenberg veranschlagt und entsprechen den Orientierungsdaten des Hessischen Ministeriums der Finanzen. Sie steigen danach von 2.064.000 € im Haushaltsansatz 2012 auf 2.640.000 € im Haushaltsansatz 2013. Hier ist also laut Hessischem Finanzministerium erstmals mit einer deutlichen Steigerung zu rechnen.

Die Grundsteuern A und B schlagen im Jahr 2012 mit rund 1.460.000 € zu Buche. Das ist deutlich mehr als 2012. Die Erhöhung der Hebesätze im Zuge unserer Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen wirkt sich nun aus.

Für den Ausgabenbereich ist festzuhalten, dass, wie in jedem Jahr, alle Produkte sorgfältig auf mögliche Einsparpotentiale geprüft wurden, die, sofern ermittelt, dann auch realisiert wurden. Die Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen sind in 2013 gegenüber dem Vorjahr um rund 280.000 € reduziert. Hier gehen einerseits die Maßnahmen aus dem Haushaltskonsolidierungsplan ein. Andererseits wurden weitere Maßnahmen der Kostensenkung umgesetzt, die im Zuge der Haushaltsplanung identifiziert wurden. Dies trägt dazu bei, das Konsolidierungsziel zu erreichen.

Die Umlagen, die die Gemeinde Kaufungen zu entrichten hat, steigen hingegen weiterhin an. So erhöht sich die Kreis- und Schulumlage insgesamt um rund 137.000 € und die Kompensationsumlage, die Kaufungen erstmals in 2011 mit rund 151.000 € an das Land zu entrichten hatte, steigt weiter und beträgt im kommenden Jahr 234.000 €. Sie ist damit in nur 2 Jahren um stattliche 84.000 € oder 56% gestiegen.

Kreis- und Schulumlage sowie Kompensationsumlage steigen im kommenden Jahr also um rund 190.000 €. Ein Betrag, der zusätzlich zu konsolidieren war und in diesem Haushalt mit konsolidiert wurde.

Die Personalkosten wachsen gegenüber dem Jahr 2012 nur um 63.500 € an. Das ist eine vergleichsweise geringe Steigung, die

zurückzuführen ist auf die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr, der ab dem kommenden Kita-Jahr 2013/14 gilt und im nächsten Jahr mit Personalkostensteigerungen von 100.000 € zu Buche schlägt sowie auf die längeren Öffnungszeiten in der Kindertagesstätte Kunterbunt. Da gemäß unseres Konsolidierungsplanes frei werdende Stellen in diesem Jahr 2012 nicht wieder besetzt wurden und Saisonkräfte zukünftig nur noch zum Teil beschäftigt werden, konnten die Tarifierhöhung und auch ein Teil der zusätzlichen Aufwendungen für die Betreuung unserer Kinder kompensiert werden.

Strukturkrise der Kommunalfinanzen

Meine Damen und Herren, steigenden Einkommenssteueranteilen und steigenden Schlüsselzuweisungen stehen weiterhin sinkende Einnahmen bei der Gewerbesteuer und weiterhin steigende Umlagen an den Landkreis und das Land entgegen. Das führt dazu, dass wir mit diesem Haushaltsplan unser Konsolidierungsziel erreichen, aber noch deutlich davon entfernt sind, unsere gesamten Aufgaben auch zu finanzieren.

Der Gemeinde Kaufungen stehen in 2013 Erträge aus Steuern in Höhe von 11.490.200 € zur Verfügung. Davon muss sie nahezu 7,9 Mio. € über die Umlagen wieder an Kreis und Land abführen, das sind fast 69%. Das zeigt einerseits, dass die Gemeinde Kaufungen als finanzstark angesehen wird. Sie leistet mit diesen Abgaben einen nicht unerheblichen Beitrag zur Finanzierung der Dienste und Einrichtungen des Landkreises und der Schulen. Insgesamt führen wir rund 6,9 Mio. € an den Landkreis ab. Und der Landkreis Kassel leistet gute Arbeit für seine Gemeinden und ist ein guter Partner. Die neue IGS ist der beste Beweis dafür. Andererseits wird aber auch zunehmend mehr Geld für die Finanzierung der umfangreichen Aufgaben und Dienste für die Bürger vor Ort benötigt.

Anzumerken ist auch, dass rund 575.100 € von unserem Defizit auf die finanziellen Auswirkungen der Doppik zurückgehen.

Meine Damen und Herren,
diese Zahlen verdeutlichen, dass die Finanzkrise der Kommunen noch lange nicht überwunden ist. Wir Städte und Gemeinden fordern auch über unsere Verbände, z.B. den Hessischen Städte- und Gemeindebund, seit langem Veränderung. Es ist höchste Zeit für einen Finanzausgleich, der den Kommunen die Möglichkeit gibt, die ihnen vermehrt zugewiesenen Aufgaben zu finanzieren. Dass dieser Protest zum Erfolg führt, hat sich am Beispiel der Mindestverordnung für den Einsatz des Personals in den Kindertagesstätten gezeigt. Die bis heute unbefriedigende Zuweisung der weitgehenden Kostenträgerschaft an die Kommunen wurde per Gerichtsentscheid gekippt. Die teilweise Übernahme von einem Drittel der Mehrkosten durch das Land war weder für uns noch für andere Gemeinden akzeptabel. Das Land missachtete das Konnexitätsprinzip. Nun hat es die Kosten vollständig an die Kommunen zu erstatten. Es ist traurig, dass die Gemeinden erst den Klageweg beschreiten mussten, um zu ihrem Recht zu kommen. Vier Jahre haben wir die MVO inzwischen vorfinanziert. Nun soll es auch für die zurückliegenden Jahre Ausgleichzahlungen geben. Aber soweit hätte es nicht kommen müssen. Dieser Fall zeigt, dass wir weiterhin unsere Rechte konsequent einfordern müssen und hier nicht nachlassen dürfen.

Man kann uns als Gemeinde nicht vorwerfen, dass wir nicht sparsam und nicht sorgsam mit unserem Geld umgingen. Wir erreichen mit diesem Haushaltsplan das Konsolidierungsziel für 2013. Wir bleiben auf der Linie, die wir mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept im Sommer eingeschlagen haben. Und es zeigt sich, dass der eingeschlagene Weg realistisch und durchdacht ist und sich bei einer mindestens gleichbleibenden Konjunktur auch in den Folgehaushalten einhalten lässt.

Haushaltskonsolidierung und Sozialpolitik

Meine Damen und Herren,
ich habe im Juni bei der Verabschiedung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes gesagt, dass es ein harter Konsolidierungsprozess wird. Das ist so. Auch bei Einhaltung des Konsolidierungszieles sind wir vom ausgeglichenen Haushalt noch weit entfernt. Wir sind auf dem Weg zum hälftigen Ausgleich des Defizits bis 2015, wie es uns durch die Kommunalaufsicht vorgegeben ist. Wir sind hier auf einem guten Weg.

Ein Ziel und Prinzip unseres Konsolidierungsprozesses ist es, die Entlastung des Haushaltes zu erreichen ohne Einrichtungen und Leistungen, die wir in Kaufungen haben, grundsätzlich aufzugeben. Wir wollen dabei eine soziale Gemeinde bleiben und wir wollen eine familienfreundliche Gemeinde bleiben. Und dass wir das bleiben, dass kann man an den Zahlen für den Sozialbereich ablesen.

Für die Betreuung unserer Kinder, für die Seniorenarbeit und die Jugendarbeit, um nur einige zu nennen, werden wir in 2013 rund 3,6 Mio. € ausgeben. Dieser Betrag konnte trotz Kostensteigerungen konstant gehalten werden. Die Einnahmen und Verrechnungen gegengerechnet bleiben hier Nettokosten, also ein Gemeindezuschuss von ungefähr 2,66 Mio. €. Auch dieser Betrag ist, und hier zeigen sich ebenfalls Konsolidierungsbemühungen, konstant zum Vorjahr. Das ist angesichts der zusätzlichen Aufwendungen für die Kinderbetreuung positiv zu bewerten. Der Anteil dieses Nettokostenbetrages an den Gesamtausgaben der Gemeinde beträgt 13 %. Das Leitbild der sozialen Gemeinde prägt auch diesen Haushalt.

Die Betreuung unserer Kinder ist angesichts des demografischen Wandels ein bedeutendes Zukunftsthema für die Gemeinde. Sie schlägt im Haushaltsentwurf für die

Kindertagesstätten mit einem Aufwand von 3,3 Mio. € zu Buche. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rund 200.000 €. Die Einnahmen und Kostenerstattungen gegengerechnet werden wir hier einen Zuschussbedarf von rund 2,4 Mio. haben.

Bei den Einnahmen sind die Benutzungsgebühren, also die Beiträge der Eltern für die Plätze in den Kindertagesstätten mit rund 400.000 € veranschlagt. Hier ist die Gebührenerhöhung, die wir beschlossen haben, bereits eingerechnet. Die Elternbeiträge betragen damit rund 34 % der gesamten Einnahmen im Kindertagesstättenbereich, rund 12 % der gesamten Ausgaben und ca. 20 % des Zuschussbedarfs. Auf den einzelnen Platz heruntergebrochen bedeuten diese Zahlen bei jahresdurchschnittlich 493 Plätzen, dass ein einzelner Platz im Jahr einen Nettozuschussbedarf von 4.790 € hat. Dieser lag im Vorjahr bei 4.700 €, steigt 2013 also um 90 € je Platz an. Die Kostensteigerung ist im Wesentlichen auf die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr zum 01. August 2013 zurückzuführen. Die Qualität der Arbeit in unseren Kindertagesstätten bleibt damit erhalten und soll auf gutem Niveau weitergeführt werden.

Dennoch zeigt sich auch hier, dass die Aufgaben und Finanzverteilungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in einer Schieflage sind. Das Kinderförderungsgesetz mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ohne Zweifel eine richtige und wichtige Maßnahme.

Die Kosten dafür können jedoch nicht einseitig den Kommunen aufgebürdet werden, denn uns steht dafür kaum ein finanzieller Spielraum zur Verfügung. Es muss der Grundsatz gelten, wer bestellt, der bezahlt und es ist die familienpolitische Verantwortung des Bundes, für anständige Betreuungsmöglichkeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Die 1,9 Mrd. € für das Betreuungsgeld wären dafür ein guter Beitrag. Sie gehören deshalb in den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in den Kommunen und in zusätzliche Erzieherstellen investiert.

Aber statt die Kommunen zu stärken, werden inzwischen in Berlin wieder die üblichen Wahlgeschenke beschlossen und verteilt am Vorabend der Bundestagswahl. Das internationale Banken- und Finanzsystem arbeitet und spekuliert noch immer unkontrolliert drauflos. Der Shareholder value ist weiterhin das fragwürdige Maß aller Dinge. Von einem so dringend notwendigen Umdenken oder gar Umsteuern ist nichts zu erkennen. Die Staatsverschuldung wächst ins grenzenlose, weil die Spekulanten gerettet werden mussten. Die Kluft zwischen arm und reich wird größer und die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Und den Kommunen wird zunehmend die Basis für eine Politik des sozialen Ausgleichs vor Ort entzogen. Das muss sich ändern, meine Damen und Herren.

Investitionen

Meine Damen und Herren, auch im Jahre 2013 wird die Gemeinde Kaufungen wieder investieren. Diese Investitionen sind notwendig, um unser Vermögen zu erhalten für die nachfolgenden Generationen. Zu diesen Investitionen gehören unter anderem Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Kinderbetreuung in der Gemeinde wie der Anbau eines Mehrzweckraums an die Kita Sternschnuppe in Papierfabrik für 120.000 €, die Möblierung des sanierten Bürgerhauses für ebenfalls 120.000 € oder die Einführung des Digitalfunks für die Feuerwehr. Auch dies letztere ist ein Beispiel für Verbesserungsbedarf bei der Umsetzung des Konnextitätsprinzips. Die richtige und wichtige Maßnahme des Digitalfunks, die zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Feuerwehren im Land beitragen wird und damit zur Verbesserung des Brandschutzes und zur Erhöhung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in den hessischen Städten und Gemeinden, diese wichtige Maßnahme ist den Freiwilligen Feuerwehren, deren Träger die Städte und Gemeinden sind, vom Land Hessen verordnet worden. Sie wird die Gemeinde Kaufungen 110.000 € kosten. Der Landeszuschuss soll nach momentanem Stand aber nur ca.

22.000 € betragen. Das heißt, 90.000 € sind hier wiederum aus Mitteln der Gemeinde zu bestreiten.

Zur Finanzierung der Investitionen rechnen wir mit Erlösen aus Grundstücksverkäufen, Fördermitteln und Erschließungsbeiträgen. Ferner wird eine Kreditaufnahme in Höhe von 458.300 € erforderlich sein. Damit beträgt die geplante Kreditaufnahme lediglich 1/3 der für 2012 erwarteten Kreditaufnahme.

Freiwillige und Pflichtleistungen

Mein Damen und Herren, trotz konsequenter Sorgsamkeit bei den Ausgaben, trotz intensiver Bemühungen, Einsparpotentiale zu erkennen und zu realisieren, ist es nicht möglich den Haushalt kostendeckend zu gestalten. Dennoch können wir feststellen, dass die Gemeinde Kaufungen insgesamt gut aufgestellt ist. Wir haben einen geringen Schuldenstand, der nach wie vor zu den geringeren Schuldenständen im Landkreis Kassel gehört.

Die freiwilligen Leistungen schlagen sich im kommenden Haushalt noch mit rund 788.000 € nieder. Das sind weniger als 4% der Ausgaben. Der Betrag ist ebenso rückläufig wie der Anteil am Gesamtvolumen des Haushaltes. Mehr als die Hälfte davon, nämlich 458.000 €, sind für den öffentlichen Personennahverkehr vorgesehen.

Alle anderen Leistungen der Gemeinde Kaufungen sind Pflichtleistungen. Hier stellen wir uns der Herausforderung, diese so kostengünstig wie möglich zu erbringen. Aber erbracht werden müssen sie.

Und ebenso gilt, dass die freiwilligen Leistungen nicht verzichtbar sind für die Gemeinde. Sie sind zwar nicht gesetzlich vorgeschrieben, aber für die Lebensqualität im Ort und für das Zusammenleben der Menschen, für den Zusammenhalt der Gemeinde, für die Daseinsvorsorge und für

den Erhalt der Wirtschaftskraft unverzichtbar. Der vollständige Verzicht auf die freiwilligen Leistungen würde uns nicht aus der Defizitsituation herausführen.

Darüber hinaus ist und bleibt die Gemeinde auch ein Wirtschaftsfaktor. Das gilt es stets mit zu bedenken. Wir sind Auftraggeber für viele Unternehmen in Kaufungen und in der Region und Arbeitgeber für nahezu 150 Beschäftigte. Im Zuge der Konsolidierungsbemühungen werden wir weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können bis 2015. Hier sind die Ziele vereinbart. Dennoch müssen wir uns bei allen Konsolidierungsbemühungen stets bewusst sein, dass wir als Auftraggeber, wie auch als Arbeitgeber eine Verantwortung auch für die Menschen hier im Ort haben.

Ausblick

Meine Damen und Herren,
was bleibt am Ende einer solchen Haushaltsbetrachtung?

Wir wollen den Weg der konsequenten Finanzsteuerung und des sparsamen Wirtschaftens weitergehen und auch zukünftig unsere Ressourcen sorgsam und zielgerichtet einsetzen. Die Gestaltung des Haushaltes vollzieht sich aber nicht nur in Form von Zahlen auf dem Papier, sondern sie beeinflusst zentral und massiv das Leben in der Gemeinde und das Zusammenleben der Bürgerinnen und der Bürger. Dies haben wir bei der Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes berücksichtigt. Ich habe das bereits ausgeführt. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen und bleiben mit dem Haushaltsplan 2013 auf Kurs.

Wir arbeiten aber auch tatkräftig weiter an der Entwicklung unserer Gemeinde um sie zukunftsfest zu machen und zu erhalten.

Mit unseren Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung und der Bildung im Ort investieren wir in unsere Kinder als unsere Zukunft und wir vollziehen auch einen

Paradigmenwechsel, denn wir investieren nicht nur in Mauern, sondern wir investieren in Köpfe.

Wir setzen unsere Gemeinde mit den Maßnahmen für die Stromkonzessionierung, der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes und dem Ziel der CO₂-Neutralität auf das Gleis der energetischen Modernisierung.

Wir haben städtebauliche Konzepte zur Weiterentwicklung der Ortszentren und zur Anpassung unserer Gemeinde an den demografischen Wandel erarbeitet. Wir arbeiten gemeinsam an der Erhaltung unseres reichhaltigen Fachwerkbestandes.

Wir werden uns neue Wohnquartiere erschließen zur Stabilisierung unserer Bevölkerungszahl, ohne die Infrastruktur dabei zu überfordern.

Wir fördern Tourismus und bauen diesen Bereich konsequent aus. Zweifellos werden wir kein Urlaubsland. Aber wir haben hervorragende Voraussetzungen geschaffen für Entwicklungen im sanften Tourismus. Wandern, Entdecken, Radfahren, Sehenswürdigkeiten sind einige der zentralen Stichworte. Wir sind mit den Gemeinden des Kaufunger Waldes und der Söhre in einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft vereint. Die Alm, die Wanderschule Nieste und die historischen Orte im 1000-jährigen Kaufungen mit unseren seit 2011 neu gestalteten Ortsführungen gehen eine inzwischen sehr fruchtbare Verbindung ein. Der Grimm-Steig entwickelt sich zum absoluten Renner und wir werden in 2013 erstmals die Grimm-Steig-Tage erleben, die ein neuer Anziehungspunkt sein und Gäste aus Nah und Fern anlocken werden.

Aber wir sind auch eingeschränkt und behindert in unserer Entwicklung durch den schleppenden Fortgang der A44-Planungen. Wir brauchen dringend Klarheit und Verhandlungen über die Trassenführung. Ich bin froh, dass inzwischen eine Gesprächsebene mit dem Land hergestellt werden konnte. Aber wir sind noch nicht an dem Punkt, dass wir konkrete

Vorlagen haben und dass konstruktiv mit uns über die Trassenführung und unsere Belange und unsere Ziele dazu gesprochen wird. Dies ist aber aus vielerlei Gründen für uns eine ganz existenzielle Angelegenheit. Es geht u.a. um Lärmschutz, Emissionsschutz, den Erhalt unserer Trinkwasserversorgung, den Erhalt der Ortsumgehung zur Vermeidung von Autobahnumleitungsverkehr durch den Ort und die Entwicklung neuer Gewerbegebiete. Wir haben keine eigenen Entwicklungsflächen mehr und die möglichen sind durch die A44-Planung blockiert. Daher brauchen wir Transparenz, Offenheit und Fortschritt. Land und Bund sind in der Verantwortung gegenüber dieser Gemeinde und den Menschen, die hier leben. Es geht um die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde und um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Ich werde hier nicht nachlassen, hartnäckig und konsequent unsere Interessen zu vertreten.

Meine Damen und Herren,
wir haben in den vergangenen zwei Jahren wichtige Entscheidungen für die Gemeinde getroffen und wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Wir beheben den jahrelangen Entscheidungsstau. Kaufungen ist auf dem Weg. Ein wichtiger Baustein dafür ist die parteiübergreifend sachliche und gemeinwohlorientierte Politik, die wir begonnen haben und die wir pflegen. Lassen Sie uns auf diesem Wege weiter gehen! Ich bin weiterhin gern dazu bereit.

In diesem Sinne freue ich mich auf konstruktive Haushaltsberatungen für 2013 und danke der Kämmerei wieder für die Erarbeitung dieses transparenten und aussagekräftigen Haushaltsentwurfs. Das ist eine große und komplexe Aufgabe, jedes Jahr von neuem und dafür einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Ihnen einen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.